Riesendemonstration der Wiener Arbeiterschaft gegen den Faschistenmord

Wien, 26. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) In Wien herrscht **unter** der Arbeiterschaft starke Erbitterung wegen des faschistischen Mordes in Mödling. **Die Verhaftung von 7 Arbeitern hat Oel ins Feuer gegossen.** Diese 7 Arbeiter sollen einen Hakenkreuzler verprügelt haben. **In einer Reihe von Betrieben des Wiener Neustädter Reviers wird der Generalstreik verlangt.** Gestern wurde die Leiche des ermordeten Arbeiters Müller von Mödling nach Wien überführt. Auf der ganzen Strecke — 36 Kilometer — bildeten die Arbeiter von Wien und Wiener Neustadt Spalier. **Insgesamt waren es etwa 140 000 Proletarier.** Trotz dieser großen Massenkundgebung erschienen auch heute in der nach Betriebsschluß von der Kommunistischen Partei einberufenen Kundgebung für die 5 Forderungen gegen Reaktion und faschistisches Banditentum über **10 000 Arbeiter.** In den Betrieben werden die 5 Forderungen der Kommunistischen Partei diskutiert. **Die Kommunistische Partei ruft für Mittwoch, den Tag des Begräbnisses des Arbeiters Müller, zum allgemeinen Generalstreik auf, durch den zugleich die Freilassung der verhafteten Arbeiter durchgesetzt werden soll.** Die Sozialdemokraten benutzen die Massenerregung über den Meuchelmord dazu, um im Parlament eine Art Republikschutzgesetz einzubringen, das das Waffentragen in Versammlungen mit schwerer Kerkerstrafe bedroht. Die Kommunisten warnen die Arbeiter vor diesem sozialdemokratischen Manöver, das dem Verhalten der SPD. nach dem Rathenaumord entspricht. **Die KPD. gibt demgegenüber die Parole aus: „Arbeiter bewaffnet euch!“,** indem sie von vornherein am deutschen Beispiel erklärt, dieses sogenannte Entwaffnungsgesetz wird in der Praxis lediglich gegen das Proletariat angewandt werden.

Wien. Die Erregung unter der Arbeiterschaft wegen des Hakenkreuzlermordes in Mödling ist ständig im Wachsen begriffen. Heute früh haben eine ganze Reihe von Betrieben in Wien 15 bis 30 Minuten dauernde Proteststreiks durchgeführt. In der Wiener Neustadt wurde ein viertelstündiger Generalstreik durchgeführt. In Mödling kam es, entgegen der Weisung des sozialdemokratischen Parteivorstandes, zu Massendemonstrationsumzügen durch die Stadt.

Die Hakenkreuzler gehen mit ihren Provokationen weiter. Bei einer gestern stattgefundenen Protestversammlung in Mödling gab ein Hakenkreuzler zwei Schüsse ab, wodurch zwei Arbeiter leicht verletzt wurden. Der Hakenkreuzler wurde verprügelt und zog sich ins Spital zurück. Die hakenkreuzlerischen Zeitungen hetzen weiter. Die Polizei hüllt sich über ihre Schritte in Schweigen und erklärt, daß sie das Auto, mit dem die Hakenkreuzler nach Mödling gefahren sind, nach Waffen durchsucht hätte. Demgegenüber meldet „Der Abend“, daß das Polizeikommissariat Mariahilf die Weisung ausgegeben hätte, das hakenkreuzlerische Auto nicht zu durchsuchen.

Die Sozialdemokratische Partei bemüht sich, die Arbeiterschaft zu beruhigen und „vor unüberlegten Schritten“ zurückzuhalten. Von verschiedenen sozialdemokratischen Betrieben ist an den sozialdemokratischen Parteivorstand herangetreten worden, sie doch endlich von der Disziplin zu entbinden, um mit dem Hakenkreuzlergesindel und der Regierung, die sie schützt, aufzuräumen.

Die Kommunistische Partei fordert die Arbeiterschaft auf, für folgende Forderungen zu kämpfen:

1. Entwaffnung und Auflösung der faschistischen Mordverbände durch die Betriebe und den republikanischen Schutzbund;
2. Ueberwachung der Untersuchung gegen die Schuldigen von Mödling durch Vertreter der Arbeiterschaft;
3. Säuberung der Verwaltung von allen reaktionären Beamten;
4. Bewaffnung der Arbeiterschaft, des republikanischen Selbstschutzes, Schaffung von Betriebswehren der Großbetriebe.

Der Kampf um diese Forderungen soll durch einen 24stündigen Generalstreik eingeleitet werden.

Sozialistenverhaftung in Wien

Wien, 26. Mai. (Telunion.) Gestern vormittag wurden im Zusammenhang mit den blutigen Zusammenstößen zwischen Sozialisten und Rechtsradikalen in Mödling 7 sozialistische Vertrauensmänner verhaftet und dem Wiener Landgericht eingeliefert. Die Nachricht von der Verhaftung löste unter den Arbeitern der Industriebezirke große Erregung aus und in verschiedenen Betrieben wurde die Arbeit erst nach mehrstündiger Verspätung aufgenommen. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen und begab sich darauf zu Bundeskanzler Dr. Ramek und Vizekanzler Waber. Die Abordnung forderte, daß die Arbeiter sofort freigelassen werden. Im gegenteiligen Falle würde sie für Ruhe und Ordnung keine Garantie übernehmen. Ferner verlangte die Abordnung parlamentarische und gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Wiederholung derartiger Zwischenfälle. In den Abendstunden veranstalteten die Kommunisten eine Demonstration vor dem Rathaus und auf der Ringstraße.

60000 österreichische Textilarbeiter ausgesperrt

Wien, 26. Mai. (Telunion.) **Infolge der andauernden Lohnbewegungen und Teilstreiks in der österreichischen Textilindustrie haben die Arbeitgeber den Beschluß gefaßt, die Arbeiter in sämtlichen Betrieben der Baumwoll-Spinnerei- und Textildruckindustrie von heute ab auszusperren. Sämtliche österreichische Baumwollspinnereien, Webereien und Druckereien sind stillgelegt. Von der Aussperrung werden etwa 60 000 Arbeiter betroffen.**

Die österreichische Regierung verbietet die Reise der Eisenbahner-Studienkommission nach Sowjetrußland

Wien, 26. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die Reise der Arbeiter-Studienkommission österreichischer Eisenbahner nach Sowjetrußland wurde von der Regierung verboten. Das Bundeskanzleramt, das sich seit Jahren das alleinige Recht, Pässe nach Sowjetrußland auszustellen, vorbehalten hat, verbot die Ausstellung der Pässe. Wie der „Wiener Abend“ berichtet, sind die Gründe „rein politisch“. Das Bundeskanzleramt sei vor einiger Zeit in den Besitz eines Schriftstückes gelangt, das von Moskau ausgeht und „beweist“, daß es sich bei der Fahrt der österreichischen Eisenbahner nicht um eine reine Studienreise handelt. Die Eisenbahner sollen „nach ihrer Rückkehr aus Sowjetrußland“ einen verschärften Kampf gegen die Regierung und vor allem gegen die Sozialdemokraten beginnen. Auch die österreichische Regierung hat nun ihren Sinowjewbrief.

Einreiseverbot für Polen in Sowjetrußland

Warschau, 26. Mai. (Telunion.) Die Sowjetregierung hat die Einreise aus Polen verboten. Die polnische Presse führt die Maßnahme auf die erstarkende antibolschewistische Bewegung in Weißrußland zurück.

Wenn man Barmat heisst,

Die Hindenburg-Amnestie

Berlin, 25. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Julius Barmat ist jetzt freigelassen worden. Er hatte die Ermäßigung der ursprünglich verlangten Kautionssumme von 200 000 auf 45 000 Mark verlangt und jetzt durchgesetzt. Das ist die Hindenburg-Amnestie, wie sie wirklich aussieht.

Tausende von Proletariern schmachten in den Gefängnissen und Zuchthäusern, weil sie die Interessen ihrer Klasse verteidigten — sie sind nicht freigelassen. Eine Hindenburg-Amnestie ist angekündigt worden, die Arbeiter spüren nichts davon, aber die Barmats, die kapitalistischen Schieber sind freigesprochen worden. So sieht die Hindenburg-Amnestie aus. Wollen die Arbeiter weiter dulden, daß ihre Klassenbrüder in den Gefängnissen bleiben, während die Barmats sich frei bewegen können? Mit verzehnfachter Kraft muß die Arbeiterklasse den Kampf um Freilassung **aller proletarischen politischen Gefangenen aufnehmen.**

•

Berlin, 26. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) **Der Untersuchungsrichter hat auf die Vorstellungen der Verteidiger hin die Freilassung Henri Barmats gegen eine Kaution von 10 000 Mark angeordnet.**

Severing und der liebe Gott

Berlin, 26. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Am Montag wurden vom Barmat-Ausschuß des preußischen Landtages mehrere Zeugen, auch Minister Severing, vereidigt. Auf die Frage des Vorsitzenden Leisig, ob er den Eid in religiöser oder in weltlicher Form ablegen wollte, antwortete Severing: „In religiöser Form“. Er bekräftigte dann seine Aussage mit einem: „So wahr mir Gott helfe.“

Deutschnationale Forderung nach dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes

Berlin, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die deutschnationale „Kreuzzeitung“ beschäftigt sich heute abend unter dem Titel „Die deutsche Sowjetarmee“ erneut mit dem Roten Frontkämpferbund und zugleich mit der Roten Fahne, die im heutigen Leitartikel die Frage für die Arbeiterklasse folgendermaßen stellt: „Mit der Reaktion in den Krieg gegen Sowjetrußland, oder mit den russischen Arbeitern im Kampfe gegen die Reaktion, gegen den Imperialismus.“ Die Kreuzzeitung schreibt dazu, Reaktion bedeute nichts anderes als „Rückkehr zu Sitte und Ordnung“, und die Reaktion sei identisch mit dem ganzen deutschen Volke. Das Blatt schreibt scharfmacherisch: „Angriff der roten Armee auf das deutsche Volk wird angekündigt. Will die Reichsregierung diesen gefährlichen Plänen gegenüber tatenlos bleiben?“ — Es scheint, daß die Hindenburgpresse eine regelrechte Hetzkampagne gegen die KPD. einerseits, gegen den RFB. andererseits einleiten will, um diktatorische Maßnahmen der Hindenburgregierung durchzusetzen und vorzubereiten.

Die Berliner Verkehrsarbeiter vor dem Streik

Berlin, 26. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern abend wurde in einer gemeinsamen Versammlung der Hochbahner, Straßenbahner und Omnibus-Angestellten Stellung genommen zu den in ihren Betrieben gescheiterten Lohnverhandlungen. Provozierend haben sämtliche Direktoren jedes Zugeständnis abgelehnt. Die Stimmung ist in allen Betrieben für sofortigen, gemeinsamen Streik noch vor Pfingsten.

Furchtbare Statistik der deutschen Klassenjustiz

Dem Ersten Reichskongreß der „Roten Hilfe Deutschlands“ lag eine gedruckte Statistik vor, die vom Oktober 1924 bis April 1925 genaueste Einzelaufstellungen über die Zahl der Prozesse, der Angeklagten, der Verurteilten, der Festungs-, Gefängnis- und Zuchthausstrafen sowie der Geldstrafen bringt. Die Gesamtaufstellung über die Justiz gegen die Arbeiterklasse (1. Januar 1924 bis 31. April 1925) ergibt, daß in 16 Monaten die deutschen Klassenrichter eine fürchterliche Arbeit geleistet haben. Die Gesamtzahlen für diese 16 Monate sind:

981 Prozesse,
7 000 Angeklagte,
5 786 Verurteilte,
959 Jahre, 8 Monate Festung,
969 Jahre, 1 Monat Zuchthaus,
2 235 Jahre, 4 Monate Gefängnis,
283 261 Mark Geldstrafen.

Summa summarum: es wurden 5763 Arbeiter zu 4184 Jahren und 1 Monat Kerker verurteilt. Darin sind nicht enthalten die Jahre der Untersuchungshaft, nicht enthalten die Torturen und erzwungenen Selbstmorde, nicht enthalten die Zahl derer, die noch aus der Zeit vor dem 1. Januar 1924 hinter den Mauern siechen. Und nicht enthalten ist das fürchterliche Urteil vom „Tschekа-Prozeß“: gegen 16 Angeklagte 3 Todesurteile, 71 Jahre, 4 Monate Zuchthaus, 9 Jahre, 11 Monate Gefängnis und 5500 Mark Geldstrafe.

Diese Statistik wird ergänzt durch die Aufstellung der Fälle, in denen die Juristische Zentralstelle der Kommunistischen Reichstags- und Landtagsfraktion Rechtsschutz erteilen mußte. Vom Januar 1924 bis zum April 1925 geschah das in insgesamt 19 349 Fällen.

Die S.P.D. Bonzen.

„Wat brauchen wir noch ne Amnestie, wo wir unsern Barmat wieder haben.“

Die Münchener Betriebsräte senden eine Delegation nach Sowjetrußland

München, 26. Mai. (WTB.) Eine im Gewerkschaftshaus abgehaltene Vollversammlung der Betriebsräte Münchens hat beschlossen, eine Betriebsratskommission unter Führung ihres Vorsitzenden Freiberger nach Sowjetrußland zu entsenden. Diese Kommission, die rein wirtschaftliche Zwecke verfolgt, hat die Aufgabe, die wirtschaftliche Lage der russischen Arbeiter und Bauern und die Möglichkeit eines erweiterten Güteraustausches zwischen Deutschland und Rußland zu prüfen.

Die rote Fahne über Persisch-Turkestan?

Abendmeldungen aus London besagen, daß in Persisch-Turkestan ein Aufstand von großer Ausdehnung im Gange sei, die rote Fahne sei überall gehißt. Die persische (lies: englisch kommandierte) Polizei habe die Türen der sowjetrussischen Gesandtschaft in Teheran erbrochen und zahlreiche Papiere beschlagnahmt. Die Meldung ist mit Vorsicht aufzunehmen, um so mehr, als sie von London kommt.

Es scheint jetzt, wo die Imperialisten Offensivabsichten gegen Sowjet-Rußland hegen, Mode zu werden, überall „kommunistische Putsche“ zu entdecken, deren Zweck allzu durchsichtig ist. Bevor nicht nähere Nachrichten vorliegen, sind wir geneigt anzunehmen, daß alles den Hauptzweck hatte, einen Einbruch in die sowjet-russische Gesandtschaft, das heißt einen direkten Bruch des Völkerrechts, durch die englischen Imperialisten vorzunehmen.

Die Niederlage der Franzosen in Marokko

Paris, 26. Mai. (WTB.) Havas verbreitet folgende Mitteilung aus Rabat: Trotz der Schlappe, die die Riffleute im Verlaufe der Kämpfe mit den Abteilungen Freidenberg und Cambans erlitten haben, sehe man voraus, daß Abd el Krim seine Offensive fortsetzen werde. Die französischen Abteilungen haben sich, nachdem sie die vorgeschobenen Posten im Uerha-Gebiet, die mit der Ueberwachung und dem Schutze der Wege nach Fez betraut sind, reorganisiert und verproviantiert haben, zurückgezogen.

•

Paris, 26. Mai. (WTB.) Nach dem Petit Parisien wird die Regierung vom Parlament in dem bereits angekündigten Gesetzentwurf Nachtragskredite für Marokko in Höhe von etwa 30 Millionen Franken verlangen.

•

Die erste Meldung gibt, wenn auch verschleiert, zu, daß die Franzosen gegenüber den Riffkabylen eine Schlappe erlitten haben, deren Auswirkungen noch nicht abzusehen sind. Trotz der Truppenverstärkungen müssen sich die Franzosen vor den alle Kräfte mobilisierenden Riffkabylen zurückziehen.

Durch die Mißerfolge in Marokko gerät die französische Regierung in eine immer bedrängtere Lage. Frankreich macht gegenwärtig eine schwere Finanzkrise durch, die durch den Marokkokrieg, der viel Geld kostet, noch verschärft wird. Die Anforderung von neuen Krediten für Marokko stärkt natürlich die Opposition gegen die Regierung, den Widerstand gegen das Marokkoabenteuer, so daß man schon von einer drohenden Krise der neuen Painlevé-Regierung spricht. Auch die Beziehungen zu Amerika, das immer stärker auf die Bezahlung der französischen Schulden pocht, werden durch das Marokkoabenteuer nicht besser.

Die französischen Kommunisten gegen den Marokkokrieg

Was tun die Sozialdemokraten?

Der Zentralausschuß der KPF. hat an den permanenten Verwaltungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Frankreichs einen Offenen Brief gerichtet, um eine gemeinsame Aktion **gegen den Marokkokrieg und für sofortigen Friedensschluß** einzuleiten. Insbesondere handelte es sich um eine gemeinsame **Demonstration** am Sonntag, dem 24. Mai, am Gedenktage für die gefallenen Kommunekämpfer, die eine gewaltige Demonstration gegen den Marokkokrieg darstellen sollte.

Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Der soeben eingeleitete Marokkokrieg zieht außerordentlich schwere Konsequenzen nach sich. Die schwerwiegendsten darunter sind der Tod der zahllosen französischen Soldaten im Interesse der Imperialisten und die internationalen Komplikationen, die immer auf koloniale Eroberungskriege, die Jaurès einst mit unerhörter Leidenschaft als größte Gefahr für den Weltfrieden denunzierte, zu folgen pflegen. Angesichts dieser Umstände hat der Zentralausschuß der KP. beschlossen, sich an Euch zu wenden, um Euch aufzufordern, mit uns gemeinsam im ganzen Lande eine Aktion zu organisieren mit dem Ziele, die Arbeiter- und Bauernmassen, die soeben bei den Gemeindewahlen ihren unerschütterlichen Friedenswillen zum Ausdruck gebracht haben, gegen den Krieg zu mobilisieren.

Wenn Ihr entschlossen seid, mit uns zu kämpfen, um die Regierung zum sofortigen bedingungslosen Frieden mit der Rifrepublik und zur Anerkennung der Rifrepublik und zur militärischen Räumung Marokkos, die seit jeher auch von der Sozialdemokratischen Partei gefordert wurde, zu zwingen, so stehen wir zu Eurer Verfügung, um mit Euren Delegierten zu verhandeln.“

Das Zentralorgan der KPF., die „Humanité“ schreibt zu diesem Brief: „Der Zentralausschuß unserer Partei wendet sich an die Sozialdemokraten, um sie zu einer gemeinsamen Aktion gegen den Marokkokrieg und für sofortigen Friedensschluß aufzufordern.

Die parlamentarische Fraktion der Sozialdemokratischen Partei hat sich bei der Abstimmung über die letzten Marokkokredite im Februar 1925 der Stimme enthalten. Sie hat jedoch die Gesamtheit des Kriegsbudgets bewilligt. Der Marokkokrieg von heute ist nur möglich auf Grund der gestrigen Haltung der Sozialdemokraten.

Die französischen Imperialisten haben die Rif-Berber zum Kriege provoziert. Tausende von französischen Soldaten sind gefallen und fallen täglich für den Profit der großen Banken. Alle imperialistischen Mächte: England und Italien besonders, benutzen die Ereignisse in Marokko, um sich anderer Kolonialland-Territorien zu bemächtigen. Morgen handelt es sich nach um Schachergeschäfte zwischen den imperialistischen Mächten, aber ihre logische Folge wird sein der Krieg, ebenso wie der letzte Weltkrieg auf die Schacher in den Jahren 1907 bis 1912 folgte. Heute steht klar die Frage: Krieg oder Frieden? Derjenige, der seine Zustimmung gibt, daß der Marokkokrieg fortgesetzt wird und daß die Rifbewohner niedergeschlagen werden, öffnet das Tor für den kommenden Weltkrieg.

Unser Vorschlag an die Sozialdemokraten zur Einheitsfront zugunsten des sofortigen Friedens ist absolut eindeutig.